



Resolution für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in der Stadt Neuss

04.03.2020

Nach den Geschehnissen in Hanau hat der Integrationsrat in einer Sondersitzung eine Neusser Resolution verfasst und einstimmig beschlossen. Darin wird betont, dass sich die über 2000 Jahre alte Stadt Neuss als weltoffene und tolerante Stadt versteht, in der Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen und Religionen zu Hause sind. Der Integrationsrat macht deutlich, dass man in Neuss für eine offene Stadtgesellschaft eintreten will, die von Humanität, Toleranz, Demokratie, kultureller Vielfalt und Solidarität getragen ist.

Demokratie und die damit verbundenen Werte des Grundgesetzes werden als bedeutendste Errungenschaften der Bundesrepublik Deutschland verstanden. Die Neusser Stadtgesellschaft bietet demnach Chancen und Perspektiven für alle Menschen, die friedlich in Neuss leben wollen - im Einklang mit dem Grundgesetz.

Weiter heißt es in der Resolution des Integrationsrates:

Das Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft, Religionen und Kulturen prägt das Gesicht unserer Stadt. Es macht unsere Stadt lebendig. Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit lehnen wir entschieden ab. Für sie gibt es kein Verständnis und keine Rechtfertigung. Extremen Haltungen und Handlungen wollen wir entschlossen entgegentreten und sie bekämpfen. Demokratische Werte zu leben und immer wieder zu beleben, ist ein ständiger Prozess, der uns alle gemeinsam fordert. In unserer Stadt treffen vielfältige Interessen, Ansichten und Meinungen aufeinander. Deshalb braucht es Debatten und Streit der Meinungen. Meinungsverschiedenheiten dürfen aber nicht in Feindschaft und Hass münden. Wir stehen ein für Grundregeln der demokratischen Kultur und einen respektvollen Umgang, sonst nehmen der Zusammenhalt der Gesellschaft und die Demokratie Schaden. Verunglimpfung, Beleidigungen und Gewalt in der Sprache, auch und vor allem im Internet, dürfen nicht toleriert werden. Wir treten entschieden dafür ein, dass Menschen in ihrer Würde nicht herabgesetzt werden. Wir treten entschieden dafür ein, dass menschenverachtende Ideologien nicht salonfähig werden. Kommunalpolitik braucht Bürgernähe, Empathie und offene Ohren. Wir



kämpfen für ein menschliches Miteinander. Wir stärken und schützen diejenigen, die sich ehrenamtlich in der Stadtpolitik und für die Stadtgesellschaft engagieren.

Wir, der Integrationsrat, unterstützen Bündnisse und Initiativen, die Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bekämpfen und Radikalisierung verhindern. Hierfür braucht es gemeinsame Strategien und Anstrengungen. Wir schaffen Anlaufstellen, informieren, beraten, bündeln und vernetzen kommunale Aktivitäten. Wir initiieren und fördern Präventionsarbeit. Wir stellen uns der Debatte über die Verantwortung eines jeden Einzelnen für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

[Hier finden Sie auch eine Resolution des Deutschen Städtetags.](#)

Die Textversion finden Sie: [hier](#).